

Universität Potsdam  
AG Regionalwissenschaften  
Prof. Dr. Manfred Rolfes  
Dipl. Geogr. Dagmar Bode  
Dipl. Geogr. Sven Deeken

# Präventionskonzept Wilhelmshaven

---

*31. Juli 2011*

*(Anlage A11 Präventionskonzept Wilhelmshaven)*

## Kontakt

Universität Potsdam  
Institut für Geographie  
Prof. Dr. Manfred Rolfes  
Karl-Liebknecht-Str. 24/25  
14476 Potsdam  
Tel.: 0331-977-2305  
mrolfes@uni-potsdam.de

Dipl. Geogr. Dagmar Bode  
Kommunale und  
Regionale Beratung  
Am Sandberg 10  
14469 Potsdam  
Tel.: 0174-9227856  
dbode@uos.de

## Inhaltsverzeichnis

Präambel .....	1
Leitbild Prävention .....	2
1. Leitziel und Handlungsziele für die kriminal- und sozialpräventive Arbeit in Wilhelmshaven .....	3
2. Umsetzung und Handlungsfelder .....	9
2.1 Integriertes, kommunales Präventionsmanagement .....	9
2.2 Netzwerke und Kommunikation in der Präventionsarbeit .....	13
2.3 Information und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Förderung der Zivilgesellschaft .....	14
2.4 Inhaltliche Handlungsfelder .....	17
2.4.1 Prävention von Kriminalität und subjektiver Unsicherheit .....	17
2.4.2 Verbesserung von Situation und Aufenthaltsqualität (halb-)öffentlicher Räume ....	18
2.4.3 Präventionsarbeit mit bzw. für ausgewählte Zielgruppen .....	19
2.4.4 Stadt(teil)entwicklung und Verbesserung des Stadt(teil)image .....	20
2.4.5 Präventive Verkehrsplanung und Verkehrserziehung/-verhalten .....	22
2.4.6 Querschnitts- und integrative Projekte .....	22
2.5 Verstetigung und Evaluation .....	24

## Präambel<sup>1</sup>

Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In diesem Bewusstsein begründen die Polizei und die Stadt Wilhelmshaven mit dem Handlungskonzept Prävention eine strategische Verantwortungsgemeinschaft. Die seit Jahren bestehende enge Partnerschaft in verschiedenen Bereichen sowie die jeweiligen originären Behördenzuständigkeiten bestehen fort und erfahren durch das Präventionskonzept eine zusätzliche qualitative Aufwertung.

Bürgerinnen und Bürger sind zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements neben allen gesellschaftlich relevanten Gruppen ausdrücklich eingeladen und aufgefordert, aktive Mitglieder dieser Verantwortungsgemeinschaft zu werden. Es gilt, vorhandene Netzwerke und Angebotsstrukturen zielgerichtet und zukunftssicher gemeinsam weiterzuentwickeln.

Die Akteure sind sich ihrer besonderen Verantwortung und der speziellen Rahmenbedingungen in der Stadt Wilhelmshaven bewusst. Vorhandene Ressourcen sollen in einem integrierten Managementprozess strukturiert und zielgerichtet fokussiert werden, um eine maximale Wirksamkeit präventiver Angebote für die Menschen in Wilhelmshaven zu erreichen.

Grundlage aller Präventionshandlungen ist ein ganzheitlich-humanistisches Menschenbild, das den Bürgerinnen und Bürgern ein Höchstmaß an Eigenverantwortung zuschreibt. Die öffentliche Aufgabe des Präventionsmanagements liegt insofern in der Aktivierung und Ausweitung individueller und gemeinschaftlicher Ressourcen.

Das Handlungskonzept Prävention begründet einen dynamischen Prozess. Dieser Ansatz wird erfolgreich sein, wenn die Prävention eine breite Basis und Akzeptanz in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen findet, auf Dauer angelegt ist, mit auskömmlichen Ressourcen ausgestattet ist und Qualität vor Quantität stellt.

Ziel aller präventiven Maßnahmen ist, die Lebensqualität aller in Wilhelmshaven lebenden Menschen in der subjektiven Wahrnehmung und der objektiven Realität zu verbessern.

Polizei und Kommunalverwaltung kommt dabei eine katalytische Funktion zu. Eine breite – auch politische – Unterstützung unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen öffentlicher Haushalte ist ein wesentliches Erfolgskriterium.

Diesem Leitziel fühlen sich alle Beteiligten verpflichtet.

---

<sup>1</sup> Präambel und Leitbild wurden auf dem 2. Workshop am 9. und 10. Juni 2011 von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Präventionsverständnis, bestehend aus Herrn Heitmann, Herrn Schröder, Herrn Feist, Herrn von Dincklage und Herrn Hartz formuliert und in einer anschließenden Diskussionsrunde von den Teilnehmenden des Workshops zustimmend zur Kenntnis genommen.

## Leitbild Prävention

Das vorliegende Handlungskonzept für Wilhelmshaven orientiert sich am ressourcenbezogenen Leitbild der Prävention.<sup>2</sup>

Voraussetzung dieses Handelns ist die Überzeugung, dass Ressourcen vorhanden, ausgebaut und einsetzbar für Lösungen, Entwicklungen und Veränderungen sind.

Die konkreten Handlungsfelder der kommunalen Prävention in Wilhelmshaven leiten sich aus empirischen Erkenntnissen und der subjektiven Wahrnehmung der Lebenswirklichkeiten durch die Menschen in ihren Sozialräumen ab. Sie werden ergänzt durch die Kompetenzperspektive der handelnden Fachkräfte verschiedener Ebenen. Eine sachgerechte Evaluation sichert die Wirksamkeit aller Anstrengungen.

Beteiligung als wichtiges Instrument in den Entwicklungsphasen sowie eine breite und transparente Kommunikation über die jeweiligen Vorhaben in den Umsetzungsphasen sichern die Akzeptanz und aktive zivilgesellschaftliche Unterstützung der Präventionsaktivitäten.

Prävention ist eine grundsätzliche Haltung und eine Investition in die Zukunft!

---

<sup>2</sup> Der gängige Präventionsbegriff geht von einer vorausschauenden Problemvermeidung aus und ist damit klassisch defizitär geprägt. Moderne Präventionsstrategien suchen zunächst nach **Ressourcen**, berücksichtigen dabei evidente Problematiken als Rahmenbedingungen und definieren Entwicklungs- statt Vermeidungsziele.

## 1. Leitziel und Handlungsziele für die kriminal- und sozialpräventive Arbeit in Wilhelmshaven

Die gemeinsame Präventionsarbeit in der Stadt Wilhelmshaven setzt sich das folgende Leitziel:

**Durch die Präventionsarbeit soll die Lebensqualität aller in Wilhelmshaven lebenden Menschen sowohl in deren Wahrnehmung als auch real verbessert werden.**

Um dieses Leitziel zu erreichen, werden in dem vorliegenden Präventionskonzept die folgenden Handlungsziele formuliert:

1. Es wird ein integriertes, kommunales Präventionsmanagement eingerichtet, das die vorhandenen Ressourcen und Aktivitäten strukturiert, vernetzt und zielgerichtet fokussiert.
2. Bestehende Netzwerke und Kommunikationsprozesse werden gestärkt sowie zielgerichtet und zukunftssicher weiterentwickelt.
3. Die Präventionsarbeit ist auf eine breite Akzeptanz bei allen Bürgerinnen und Bürgern sowie allen gesellschaftlichen Gruppen in Wilhelmshaven ausgelegt.
4. Bürgerinnen und Bürger sowie weitere gesamtgesellschaftliche Akteure werden an der Präventionsarbeit aktiv beteiligt und dazu durch das Präventionsmanagement aktiviert.
5. Die inhaltlichen Handlungsfelder der Präventionsarbeit werden aus empirischen Erkenntnissen, der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger sowie den Kompetenzen der Fachkräfte abgeleitet.
6. Die Präventionsarbeit wird sachgerecht evaluiert, regelmäßig fortgeschrieben und professionell verstetigt.

## Erläuterungen zum Leitziel und den Handlungszielen

**Leitziel: Durch die Präventionsarbeit soll die Lebensqualität aller in Wilhelmshaven lebenden Menschen sowohl in deren Wahrnehmung als auch real verbessert werden.**

Das Leitziel der Präventionsarbeit wurde bewusst sehr breit formuliert, um den ganzheitlichen Präventionsansatz in Wilhelmshaven sichtbar zu machen. Zielgruppen der Prävention sind damit nicht nur delinquente oder delinquenzgefährdete Risikogruppen, sondern die Arbeit richtet sich im Sinne eines primären Präventionsverständnisses an die gesamte Wilhelmshavener Bevölkerung.

Die Arbeit zielt auf eine Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Diese Verbesserung der Lebensqualität soll sowohl für die Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen sein (z.B. eine Erhöhung der subjektiven Sicherheit), sich aber auch real nachweisen lassen (z.B. durch einen Rückgang an Ruhestörungen oder Belästigungen).

Ein in dieser Weise umfassender Präventionsansatz erfordert eine gut koordinierte und integrative Beteiligung zahlreicher Akteure in Wilhelmshaven, insbesondere aus Verwaltung, Politik, Polizei, Justiz, sozialen Einrichtungen, Wohnungswirtschaft und der Privatwirtschaft. Auch Bürgerinnen und Bürger müssen kontinuierlich einbezogen werden und ihre Ansprüche und Bedürfnisse einbringen können.

Um beobachten und feststellen zu können, inwieweit sich die angestrebten Verbesserungen der Lebensqualität tatsächlich eingestellt haben, ist die Entwicklung eines begleitenden Monitoring- und Evaluierungskonzepts nötig. Dieses müsste sowohl die subjektiven Aspekte der Lebensqualität als auch reale Sachverhalte in den Blick nehmen und zunächst einer internen Bewertung der Präventionsarbeit dienen.

Der sehr breite Präventionsansatz macht es allerdings auch erforderlich, die Präventionsziele im Kreise der Beteiligten zu kommunizieren, um Kenntnis und Akzeptanz zu gewährleisten. Nicht alle Handlungsfelder von Verwaltung, Politik, Polizei, Justiz, sozialen Einrichtungen, Wohnungswirtschaft und Privatwirtschaft können in gleicher Weise in einem kriminal- und sozialpräventiven Kontext gesehen oder diesem zugeordnet werden. Nötig wird es also sein, die wichtigsten Handlungsfelder konkret abzustimmen und zu priorisieren. Am Leitbild und an den Handlungszielen muss weiter gearbeitet werden. Das Präventionskonzept liefert hierzu erste grundlegende Orientierungen.

In einem ersten Schritt wird dazu das Leitziel durch sechs Handlungsziele inhaltlich operationalisiert.

### **Handlungsziel 1:**

**Es wird ein integriertes, kommunales Präventionsmanagement eingerichtet, das die vorhandenen Ressourcen und Aktivitäten strukturiert, vernetzt und zielgerichtet fokussiert.**

Die Präventionsarbeit in Wilhelmshaven wird derzeit über drei unterschiedliche Gremien organisiert und koordiniert (Kriminalpräventionsrat Wilhelmshaven [KPR], Verein zur Förderung der kommunalen Prävention e.V. [VKP], „Wilhelmshaven Sicher!“). Mit der Einrichtung

eines integrierten, kommunalen Präventionsmanagements sollen deren Rollen und Aufgaben transparent geklärt sowie für die Präventionsarbeit dauerhaft verlässliche *Handlungsstrukturen* geschaffen werden.

Da an der Präventionsarbeit sehr unterschiedliche Akteure beteiligt sind, müssen deren präventionsrelevante Aktivitäten, Projekte und Maßnahmen gebündelt und koordiniert werden. Gerade integrative Präventionsansätze erfordern eine intensive, fachkompetente Betreuung des Präventionsnetzwerks. Von besonderer Bedeutung ist dabei die breite Einbindung der relevanten Akteure. Weiter ist ein systematischer Informationsaustausch, eine regelmäßige prozessbegleitende Öffentlichkeitsarbeit, die Beteiligung/ Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern und gesellschaftlicher Gruppen, eine selbstständige Mittelakquirierung, die Unterstützung der Akteure bei Projekten sowie die Durchführung/ Unterstützung integrativer Präventionsprojekte zu gewährleisten.

Eine Professionalisierung des kommunalen Präventionsmanagements macht auch die Schaffung funktionsfähiger *Entscheidungsstrukturen* nötig. Bei der Präventionsarbeit werden Akteure und Ressourcen aus sehr unterschiedlichen Handlungsfeldern und Verantwortungsbereichen mobilisiert (z.B. Verwaltung, Polizei, Justiz, Wirtschaft). Dementsprechend müssen Entscheidungsgremien (z.B. eine Lenkungsgruppe) geschaffen werden, die über den Personal- und Ressourceneinsatz fachkundig und verantwortlich entscheiden können.

Im Hinblick auf die organisatorische Umsetzung eines kommunalen Präventionsmanagements liegen bundesweit bereits zahlreiche Möglichkeiten, Ideen und Erfahrungen vor.<sup>3</sup> Auch in Wilhelmshaven wurden diesbezüglich bereits Erfahrungen gesammelt. Diese sollen bei der Etablierung eines kommunalen Präventionsmanagements einfließen.

Der Rat der Stadt ist als Verantwortungsträger der Gebietskörperschaft institutionell über den Beirat der Lenkungsgruppe einzubinden. Der Rat beschließt nach der niedersächsischen Gemeindeordnung über den Haushalt der Stadt und insofern über finanzielle und personelle Ressourcen. Damit kommt ihm für die Präventionsarbeit eine gewichtige Rolle zu – insbesondere vor dem Hintergrund des strukturellen Haushaltsdefizits der Stadt. Die Prävention muss eine kommunale Pflichtaufgabe sein, die nicht konjunkturellen Schwankungen öffentlicher Haushalte unterliegt. Hier muss der Rat in seiner Gesamtheit seine Verantwortung annehmen.

---

<sup>3</sup> Zum Beispiel: Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (Hrsg.) (2005): Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene. Ein Leitfaden für die kommunale Praxis. Bonn. Abrufbar unter: [http://www.kriminalpraevention.de/downloads/as/kommunal/Leitfaden\\_Impulse.pdf](http://www.kriminalpraevention.de/downloads/as/kommunal/Leitfaden_Impulse.pdf) (12. Mai 2011)

## **Handlungsziel 2:**

**Bestehende Netzwerke und Kommunikationsprozesse werden gestärkt sowie zielgerichtet und zukunftssicher weiterentwickelt.**

Ein integriertes, kommunales Präventionsmanagement ist eine Grundvoraussetzung, um das Wilhelmshavener Präventionsnetzwerk zu stärken, auszubauen und zu verstetigen. Dies ist der explizite und mehrfach geäußerte Wunsch der an der Präventionsarbeit beteiligten Akteure und Einrichtungen. Die für die kommunale Präventionsarbeit relevanten Akteure und deren Maßnahmenangebot müssen identifiziert und in das Netzwerk eingebunden werden. Durch die Arbeit in den drei Präventionsgremien (KPR, VKP, „Wilhelmshaven Sicher!“) sowie durch das Vorhaben „Sozialraumanalyse und Entwicklung eines Präventionskonzepts für Wilhelmshaven 2010/11“ mit der Universität Potsdam besteht eine sehr gute Übersicht der Akteure in der Präventionsarbeit.

Eine Kernaufgabe des kommunalen Präventionsmanagements muss es daher sein, die Akteure aktiv zu vernetzen, Kommunikationswege transparent zu machen und zu nutzen und somit das Präventionsnetzwerk weiter zu verdichten. Gerade bei integrativen Projekten, die Mehrzielfunktionen haben, ist das kommunale Präventionsmanagement eine wichtige Schnittstelle zwischen den Akteuren, um Kontakte herzustellen, die Kooperation zu unterstützen und über die Aktivitäten zu informieren.

Im Präventionsnetzwerk werden sowohl hauptamtliche als auch ehrenamtliche Akteure mitarbeiten. Eine zukunftsfähige und zielgerichtete Präventionsarbeit erfordert sowohl professionelle Steuerungsstrukturen und den Einsatz von fachkundigem hauptamtlichem Personal als auch eine Professionalisierung der Kooperations- und Netzwerkfähigkeiten der Netzwerkmitglieder.

**Handlungsziel 3: Die Präventionsarbeit ist auf eine breite Akzeptanz bei allen Bürgerinnen und Bürgern sowie allen gesellschaftlichen Gruppen in Wilhelmshaven ausgelegt.**

Das Präventionskonzept der Stadt Wilhelmshaven hat zum Ziel, die Bürgerinnen und Bürger sowie alle gesellschaftlichen Gruppen von der Notwendigkeit der Präventionsarbeit zu überzeugen. Eine breite Akzeptanz ist wichtig, um zivilgesellschaftliche und öffentliche Unterstützung für die Projekte und Maßnahmen der Präventionsarbeit zu erhalten. Dazu ist stetige Transparenz der Präventionsaktivitäten sowie eine kontinuierliche und qualitativ hochwertige Öffentlichkeitsarbeit nötig. Diese sollte alle Informationsmedien nutzen und dabei insbesondere eine zielgruppenspezifische Mediennutzung sowie Formen des gegenseitigen Austausches in den Blick nehmen. Die Öffentlichkeitsarbeit ist somit vom kommunalen Präventionsmanagement strategisch zu steuern und auszubauen.

Es gilt ferner, die örtliche Wirtschaft als Partner zu gewinnen. Betriebe aller Wirtschaftszweige werden von einer Verbesserung der Prävention auch betriebswirtschaftlich profitieren. Insofern sind sie als Multiplikatoren und Akteure einzubinden. Ferner gilt es, neben den öffentlichen Budgetmitteln auch private Drittmittel zur Finanzierung von Präventionsaufgaben gezielt einzuwerben.

#### **Handlungsziel 4:**

**Bürgerinnen und Bürger sowie weitere gesamtgesellschaftliche Akteure werden an der Präventionsarbeit aktiv beteiligt und dazu durch das Präventionsmanagement aktiviert.**

Der hohe Stellenwert der Präventionsarbeit soll sich im Bewusstsein aller Einwohnerinnen und Einwohner festsetzen. Ein Ziel der integrierten Präventionsarbeit in Wilhelmshaven soll es somit sein, die Bürgerinnen und Bürger sowie möglichst weitere gesellschaftliche Gruppen aktiv in die Präventionsarbeit zu integrieren (z.B. durch Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements, Anregung zu kriminal- und sozialpräventiven Projekten, Etablierung positiver Leit- und Vorbilder). Präventionsaktivitäten zur Verbesserung der Lebensqualität sollen als gemeinsame Verantwortung aller verstanden werden.

Eine verstärkte Partizipation der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Wilhelmshaven erfordert aufsuchende und aktivierende Beteiligungsverfahren. Gerade wenn eine unmittelbare Betroffenheit nicht vorliegt, fällt es sehr schwer, ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement zu erreichen. Deshalb ist es unabdingbar, für die Bürgerbeteiligung und Bürgeraktivierung auf einem professionellen Niveau ausreichende personelle, organisatorische und finanzielle Ressourcen vorzusehen. Erfahrungen aus der kriminalpräventiven Arbeit sowie aus der sozial-integrativen Quartiersentwicklung (Programm „Soziale Stadt“) zeigen, dass nur eine aufsuchende, kontinuierliche, wertschätzende und qualifizierende Bürgerbeteiligung und Aktivierung von Ehrenamtlichen auf Dauer in der Präventionsarbeit erfolgreich ist.

#### **Handlungsziel 5:**

**Die inhaltlichen Handlungsfelder der Präventionsarbeit werden aus empirischen Erkenntnissen, der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger sowie den Kompetenzen der Fachkräfte abgeleitet.**

In der kriminal- und sozialpräventiven Arbeit müssen inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden. Insbesondere angesichts begrenzter Ressourcen ist zu entscheiden, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in welcher Priorität auf die Agenda der Präventionsarbeit gesetzt werden. Dabei wird die Ableitung von Handlungserfordernissen aus drei Informationsquellen gespeist: aus empirischen Erhebungen und Statistiken, der subjektiven Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger sowie den Kompetenzen der in der Präventionsarbeit tätigen Fachkräfte.

Im Rahmen des Vorhabens mit der Universität Potsdam sind empirische Erhebungen durchgeführt worden (Sozialraumanalyse sowie Akteurs- und Organisationsanalyse), aus denen Handlungsbedarfe abgeleitet werden können. Weitere Handlungsbedarfe lassen sich aus den kommunalstatistischen und arbeitsmarktstatistischen Erhebungen sowie aus der Polizeilichen Kriminalstatistik ableiten. Diese statistischen Daten werden regelmäßig beobachtet und ausgewertet. Sie werden auch zukünftig für die kriminalpräventive Arbeit herangezogen.

Die Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wilhelmshaven zur Lebens- und Sicherheitssituation in ihrem Stadtteil wurden 2010 erstmalig im Rahmen einer Sozialraumanalyse erhoben. Aus den Erkenntnissen können konkrete Projekte und Handlungsempfeh-

lungen abgeleitet werden. Jenseits solcher Befragungen wird die Erhebung der Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger schwierig.

Eine weitere wichtige Ressource zur Etablierung von Projekten und zur Bewertung der Notwendigkeit von Maßnahmen stellen die Fachkompetenzen und Erkenntnisse der jeweiligen Fachkräfte dar. Um auch zukünftig sowohl die Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger als auch präventionsbezogene Handlungsbedarfe und Projektideen der Fachleute einholen zu können, sind geeignete Verfahren einzurichten, mit den Beteiligten abzustimmen und gegebenenfalls weiter anzupassen.

Das kommunale Präventionsmanagement in Verbindung mit den verantwortlichen Akteuren aus der Lenkungsgruppe muss die Projekt- und Maßnahmenangebote sichten und priorisieren. Da an dieser Stelle die Projekte gebündelt werden, muss von dort aus auch auf entsprechende Synergieeffekte und Redundanzen aufmerksam gemacht werden.

#### **Handlungsziel 6:**

**Die Präventionsarbeit wird sachgerecht evaluiert, regelmäßig fortgeschrieben und professionell verstetigt.**

Mit der Einrichtung eines integrierten, kommunalen Präventionsmanagements ist bereits ein erster wichtiger Schritt getan, um die kommunale Präventionsarbeit zu verstetigen. Hierzu ist insbesondere eine verlässliche und langfristige Finanzierung der personellen und organisationalen Ressourcen von Bedeutung. Die Entscheidungsstrukturen und die entsprechenden Zuarbeiten sollten auf Dauer angelegt werden.

Um die kommunale Präventionsarbeit kontinuierlich zu verbessern, ist die Entwicklung eines (möglichst schlanken und einfach zu handhabenden) Monitoring- und Evaluierungskonzepts wichtig. Dieses müsste zum einen mit qualitativen Methoden die subjektiven Aspekte der Lebensqualität der Wilhelmshavener Bevölkerung in den Blick nehmen. Zum anderen soll es mit eher statistisch-quantitativen Methoden versuchen, reale Sachverhalte möglichst genau abzubilden. Dabei sollte es in erster Linie nicht darum gehen, durch eine Evaluierung die Arbeit des kommunalen Präventionsmanagements zu kontrollieren und zu legitimieren. Vielmehr muss es gerade in den ersten Jahren darum gehen, aus den Evaluationen zu lernen und die anspruchsvolle Arbeit des Wilhelmshavener Präventionsmanagements nachzusteuern und zu optimieren. Insofern ist zunächst eine systematische Selbstevaluation und Selbstreflexion sinnvoll, die allerdings innerhalb des Präventionsnetzwerkes transparent gemacht werden sollte. Im weiteren Verlauf können dann qualitative und quantitative Kriterien und Qualitätsmerkmale entwickelt und genutzt werden, um die Arbeit des Präventionsmanagements im Hinblick auf Effizienz und Effektivität in den Blick zu nehmen.

## 2. Umsetzung und Handlungsfelder

Nachdem im ersten Kapitel die Handlungsziele formuliert und präzisiert wurden, werden in diesem Kapitel die organisatorischen und inhaltlichen Handlungsfelder und konkrete Schritte für die Umsetzung vorgestellt. Grundlagen und Ausgangspunkt für diese Ausführungen sind die erarbeiteten Ergebnisse der Akteure aus dem 1. und 2. Workshop, die Erkenntnisse und Informationen aus der Akteurs- und Organisationsanalyse sowie die Ergebnisse der Sozialraumanalyse. Von Seiten der Auftragnehmer wurden bei der Erstellung des Berichts zusätzliche Informationen ergänzt, soweit diese für die Bearbeitung der Handlungsfelder hilfreich erschienen.

### 2.1 Integriertes, kommunales Präventionsmanagement

Die Einrichtung und Etablierung eines funktionsfähigen kommunalen Präventionsmanagement ist das Herzstück und eine Kernvoraussetzung der zukünftigen Präventionsarbeit in Wilhelmshaven. Es gibt seitens der Stadt und der Polizei bereits konkrete Überlegungen, wie ein solches Präventionsmanagement aussehen könnte. Dabei gilt die Prämisse, dass Prävention in Wilhelmshaven professionell und qualifiziert betrieben werden muss.

Die vertrauensvollen Kommunikationsstrukturen und bestehenden Kooperationen, die mit dem KPR, dem VKP und mit dem Projekt „Wilhelmshaven Sicher!“ (mit verschiedenen Arbeitsgruppen) in Wilhelmshaven vorhanden sind, werden auch weiterhin für die kommunale Zusammenarbeit genutzt. So bleibt auch in Zukunft eine breite fachliche und politische Unterstützung der Präventionsarbeit in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten.

#### Verantwortliche/ Beteiligte/ Akteure

##### *Kriminalpräventionsrat KPR/ Lenkungsgruppe:*

Der Vorstand des Kriminalpräventionsrates (KPR) bildet die Lenkungsgruppe als strategisches Zentrum der Präventionsarbeit in Wilhelmshaven. Dieser Lenkungsgruppe gehören maximal 10 Personen mit unmittelbarer Entscheidungskompetenz aus ihren jeweiligen Funktionen an. Der Vorsitz wird vom Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wahrgenommen, er wird in dieser Funktion vom Leiter der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/ Friesland (PI) vertreten. Weitere Mitglieder werden Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, des Jugendamtes, der Justizverwaltung, der Wirtschaft, der Schulen und des VKP sein.

Die Lenkungsgruppe trifft alle strategischen Grundsatzentscheidungen zur Präventionsarbeit in Wilhelmshaven in eigener und abschließender Zuständigkeit. Sie ist insbesondere auch für die strategischen Planungen und die daraus resultierenden Projekte in der Präventionsarbeit verantwortlich. Die Lenkungsgruppe tagt regelmäßig, mindestens jedoch viermal pro Jahr.

##### *Geschäftsstelle:*

Eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle („Präventionsbüro“) in gemeinsamer Trägerschaft von Polizei und Kommune entlastet die Vorstandsmitglieder/ Lenkungsgruppe in den Berei-

chen Verwaltung, Organisation und Dokumentation. Die Geschäftsstelle steuert die operative Arbeit und ist der Lenkungsgruppe gegenüber berichts- und rechenschaftspflichtig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle führen die Beschlüsse des Vorstandes aus bzw. steuern die Ausführungen durch Dritte.

Die Geschäftsstelle stellt insbesondere den zentralen Knotenpunkt des Präventionsnetzwerkes dar und dient in dieser Hinsicht als Ansprechpartner und Kommunikationszentrum für das Netzwerk/ die Netzwerkarbeit. Sie unterstützt die kommunalen Präventionsaktivitäten. Bei übergeordneter Reichweite und/ oder Bedeutung werden Projekte durch die Geschäftsstelle – nach Rücksprache mit der Steuergruppe – aufgelegt, unterstützt und gefördert.

Die Besetzung der Geschäftsstelle soll nach einem zwischenzeitlich erfolgten Ressourcenbeschluss (spätestens) zum 01.10.2011 mit zunächst einer Person mit 30 Wochenarbeitsstunden erfolgen. Die räumlich-organisatorische Anbindung erfolgt bis September 2012 an das Jugendamt, danach dauerhaft in den Räumen der neuen Polizeidienststelle.

#### *Beirat:*

Zur fachlichen Beratung der Lenkungsgruppe wird ein Beirat eingerichtet. Der Beirat tagt mindestens einmal jährlich und hat keine Beschlusskompetenzen. Ihm gehören Expertinnen und Experten der Fachebene, Vertreterinnen und Vertreter des Rates sowie hochrangige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus präventiv aktiven Institutionen und unterschiedlichen, gesellschaftlich für die Präventionsarbeit relevanten Bereichen an.

#### *Arbeitsgruppen:*

Die Lenkungsgruppe kann projekt- oder programmbezogen zeitlich befristete Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Problemlagen einrichten (Arbeitsebene). Die Mitglieder der Arbeitsgruppen werden von der Lenkungsgruppe für diese Funktion befristet bestellt. Ihnen können temporär auch externe Expertinnen und Experten angehören, falls es fachlich geboten erscheint.

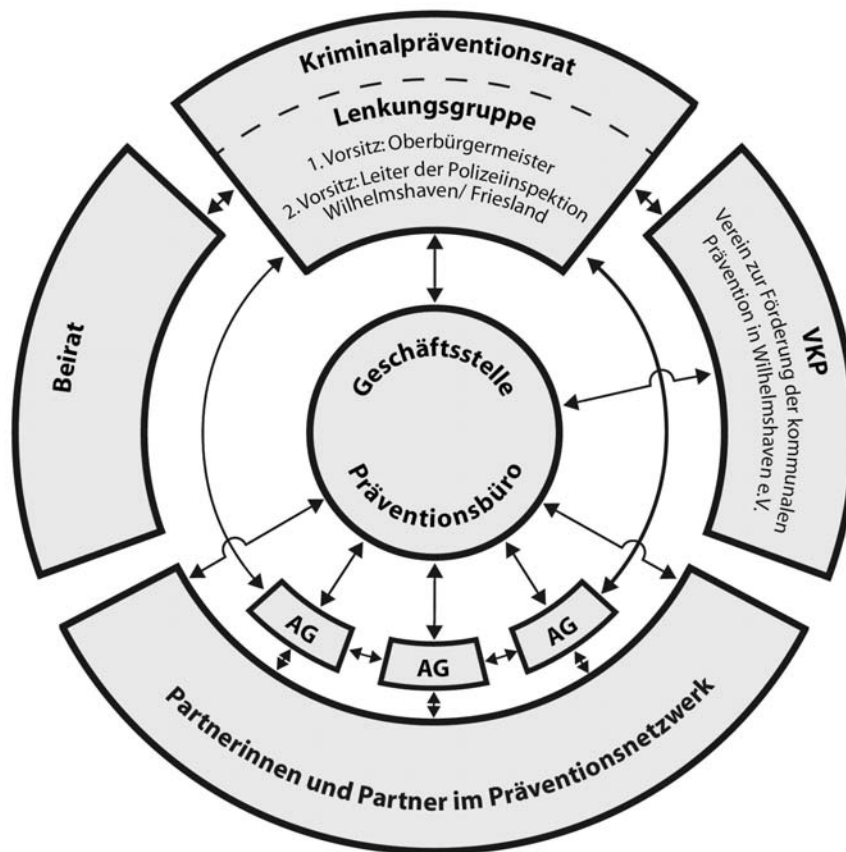
Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind der Lenkungsgruppe vorzulegen. Dazu haben die Verantwortlichen unmittelbaren Zugang zur Lenkungsgruppe.

#### *Verein zur Förderung der kommunalen Prävention in Wilhelmshaven e.V. (VKP)*

Der VKP als eingetragener Verein ist für die Beschaffung von (zusätzlichen) Ressourcen zur Intensivierung der Präventionsarbeit durch Mitgliedsbeiträge, Sponsoreneinnahmen und die Gewinnung von Drittmitteln zuständig. Er unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit durch die Durchführung medienwirksamer Veranstaltungen.

Der VKP kooperiert eng mit der Geschäftsstelle und der Lenkungsgruppe. Zur Sicherung der Zusammenarbeit sollen mindestens zwei Vorstandsmitglieder des VKP gleichzeitig der Lenkungsgruppe angehören. Der VKP führt keine Präventionsmaßnahmen in eigener Zuständigkeit durch, es sei denn, er wird von der Lenkungsgruppe dazu beauftragt.

**Abbildung 1: Integriertes kommunales Präventionsmanagement in Wilhelmshaven**



### Zusammenarbeit und Kommunikation

Über die hier beschriebenen Gremien hinaus werden keine weiteren Gremien eingerichtet. In regelmäßigen Abständen werden die Organisationsstrukturen und Zuständigkeiten in der präventiven Arbeit überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt und modifiziert.

Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Partner über die Lenkungsgruppe und die Geschäftsstelle ist als ergänzende Maßnahme zu den Pflichtaufgaben der einzelnen Partner definiert. Die originären Aufgaben und Fachzuständigkeiten der beteiligten Organisationen bleiben davon unberührt.

Eine Geschäftsordnung für das Präventionsmanagement sichert die Unabhängigkeit der Strukturen und stellt die Kooperation auf eine verlässliche Basis. Die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern in Wilhelmshaven wird durch verbindliche Vereinbarungen und Kooperationsverträge geregelt. Die Kompetenz für Öffentlichkeitsarbeit zu allen präventionsrelevanten Themen liegt bei der Geschäftsstelle in Absprache mit der Lenkungsgruppe.

Die Arbeit der Geschäftsstelle ist von Transparenz und Informationsweitergabe geprägt. Sie unterrichtet präventiv arbeitende Gremien sowie die Öffentlichkeit durch periodische Berichte und anlassbezogene Informationen. Dazu nutzt sie unterschiedlichste Medien: Zeitung, Internet, Radio, Gemeindebrief, Vereinszeitschriften sowie weitere Kanäle der beteiligten Institutionen.

Es wird insbesondere der Austausch durch unterschiedliche dialogorientierte Instrumente und Veranstaltungen gefördert. Ansprechpartner sind in erster Linie die Netzwerkteilnehmer, wie etwa die Familienzentren in den kommunalen Sozialräumen Wilhelmshavens. Zusätzliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind innerhalb des Netzwerkes aktiv und bekannt.

### **Finanzierung und Fördermittel**

Die Finanzierung der Präventionsarbeit in Wilhelmshaven wird durch Haushaltsmittel der Stadt Wilhelmshaven, zuzüglich der durch den VKP eingeworbenen Mittel und Spenden gewährleistet. Die Stadt stellt derzeit jährlich 50.000 Euro als Sachkostenbudget für die Präventionsarbeit zur Verfügung. Die Einnahmen des VKP sollen für zusätzliche Maßnahmen und Projekte eingesetzt werden, um so den Handlungsspielraum der Geschäftsstelle bzw. der Lenkungsgruppe zu erweitern.

### **Prioritäten und Handlungsempfehlungen**

1. Das integrierte, kommunale Präventionsmanagement wird rasch, wie vorgesehen, installiert. Die Einrichtung der Geschäftsstelle, der Lenkungsgruppe, der Arbeitsgruppen sowie die Wahl des Beirates sind wichtige Schritte zur Implementierung des integrierten, kommunalen Präventionsmanagements. Die Gremien und Einrichtungen mit ihren Ressourcen sind langfristig abzusichern.
2. Es muss eine Geschäftsordnung erarbeitet werden, in der die Aufgaben, Zuständigkeiten sowie die Organisations- und Entscheidungsstrukturen des integrierten, kommunalen Präventionsmanagements und der zugeordneten Begleitgremien festgehalten werden.
3. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle ist eine Stellenbeschreibung erforderlich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Fachkräfte mit ausgewiesenen Erfahrungen in der Kriminal- und Sozialprävention sein.
4. Bei der Installation des integrierten, kommunalen Präventionsmanagements müssen die zukünftigen Zuständigkeiten der vorhandenen Gremien (KPR, VKP, „Wilhelmshaven Sicher!“) mit einbezogen und ihre Rolle im integrierten, kommunalen Präventionsmanagement einvernehmlich neu definiert werden.
5. Die Akteure des integrierten, kommunalen Präventionsmanagements, insbesondere die Lenkungsgruppe, legen Ziele und Prioritäten im Hinblick auf die Präventionsarbeit fest. Diese Festlegungen sind regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls zu erneuern.
6. Über die Kriterien zur Vergabe von Projektmitteln und über die Grundsätze der Projektförderung müssen Klarheit und Transparenz herrschen.
7. Es herrscht Klarheit über die Verwendung der Haushaltsmittel durch die Geschäftsstelle. Die Einnahmen und Ausgaben sind transparent zu machen.

## 2.2 Netzwerke und Kommunikation in der Präventionsarbeit

Die Förderung der Netzwerkarbeit und die Sicherung der Kommunikation ist eine zentrale Aufgabe der Geschäftsstelle und des integrierten, kommunalen Präventionsmanagements. Da bereits viele Projekte stattfinden, müssen diese vernetzt und systematisiert werden. Zudem besteht ein hoher Bedarf bei den Projektakteuren an Diskussion und Erfahrungsaustausch über die Projekte und deren Anschlussfähigkeit zu anderen Maßnahmen. Die Inhalte und Zielrichtung der Projekte müssen im Netzwerk kommuniziert werden, um Überschneidungen zu verhindern und Synergien zu generieren. Unter diesen Voraussetzungen ist eine strategische Gesamtprojektplanung möglich.

Ein bedeutsamer Teil der Netzwerk- und Kommunikationsarbeit ist es, die Mitarbeit von (neuen) Vereinen, Organisationen, mitwirkungsbereiten Bürgerinnen und Bürgern und weiteren Netzwerkpartnern gezielt zu unterstützen und zu fördern. Um diese Potenziale nutzen und lenken zu können, müssen niedrigschwellige Anschlussstellen für diese Interessentengruppen geschaffen werden.

Um eine gute projektbezogene Zusammenarbeit zu ermöglichen, findet eine fachkundige und professionelle Schulung und Weiterbildung der haupt- und ehrenamtlichen Akteure in der Zusammenarbeit statt. Um dieses Ziel erreichbar zu machen, sollte die Methodenkompetenz beider Gruppen im Sinne einer „Lernenden Organisation“ klar systematisiert und weiter aufgebaut werden. Dabei empfiehlt es sich, Kernaspekte der systemischen Organisationsentwicklung, der Fallarbeit, von Gruppendynamischen Prozessen und des Konfliktmanagements aufzugreifen. Eine frühzeitige professionelle Schulung und Betreuung der Zusammenarbeit stärkt das „Wir-Gefühl“ und fördert Netzwerkpartnerschaften zwischen allen Akteursgruppen. Gleichzeitig treten weniger Konflikte zwischen den Gruppen auf und es werden eher Ressourcen zur Verfügung gestellt. Erfahrungen in anderen Kommunen zeigen, dass diese Schulungen zu einem besseren Selbstwertgefühl insbesondere der Ehrenamtlichen führen. Auch ist unter solchen Bedingungen die Fluktuation der Ehrenamtlichen in der Regel deutlich rückläufig, so dass eine längerfristige Bindung an Institutionen und Projekte beobachtet werden kann.

### **Prioritäten und Handlungsempfehlungen**

1. Voraussetzung für ein funktionierendes Akteursnetzwerk sind transparente Strukturen und Verantwortlichkeiten des Präventionsmanagements, so dass die Akteure sich dort verorten können. Deshalb ist ein gut nachvollziehbares und leicht verfügbares Organigramm des Präventionsmanagements und seines Netzwerks zu erstellen.
2. Neben einem allgemeinen Organigramm erstellt die Geschäftsstelle alsbald eine „Netzwerkkarte“ oder einen „Netzwerkatlas“. Diese Netzwerkübersicht ist leicht verfügbar und kann schnell Informationen über Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Die Netzwerkkarte muss permanent aktualisiert werden.

3. Es wird von der Geschäftsstelle eine Projektdatenbank aufgebaut, in der die Akteure und Einrichtungen ihre Projektaktivitäten (Projekthalte, Zielgruppen, Laufzeiten, Ansprechpersonen) mitteilen können. Die Projektdatenbank wird ständig aktualisiert, um Kooperationen mit anderen Akteuren zu ermöglichen.

4. Es werden regelmäßige Netzwerktreffen organisiert (mindestens dreimal im Jahr), auf denen gemeinsame Aktivitäten geplant werden. Diese Netzwerktreffen sichern die gemeinsamen Zielsetzungen und binden die Akteure strukturiert ein.

5. Zur Beteiligung der Netzwerkpartner sind feste Vereinbarungen zu treffen und arbeitsfähige Gremien einzurichten. Der Austausch kann beispielsweise über Runde Tische, Foren und Werkstätten organisiert werden. Es ist zu prüfen, ob die eingeführte Präventionsmesse ein regelmäßiges Austausch- und Informationsforum werden kann.

6. Für die haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder des Präventionsnetzwerkes werden Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt. Die ersten Weiterbildungsmaßnahmen sollten die Netzwerkarbeit und Netzwerkbildung zum Thema haben.

7. Von Seiten der Geschäftsstelle wird eine Internetpräsenz aufgebaut. Diese kann sowohl für die interne als auch für die externe Kommunikation genutzt werden.

## **2.3 Information und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Förderung der Zivilgesellschaft**

### **Informations- und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Präventionsarbeit in Wilhelmshaven wird von einem großen Akteursnetzwerk getragen. Dieses Akteursnetzwerk gilt es über die laufenden Aktivitäten zu informieren. Gleichzeitig sollen aber auch die Bevölkerung der Stadt und weitere Interessentengruppen informiert werden. Deshalb ist die Entwicklung eines schlanken Informationssystems und einer strategischen Öffentlichkeitsarbeit nötig. Bei der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sind vier Zielgruppen zu unterscheiden:

- a) die für die Präventionsarbeit verantwortlichen Akteure (Lenkungsgruppe, Geschäftsstelle, Beirat, Verwaltung, Politik, ...),
- b) die haupt- und ehrenamtlichen Akteure im Präventionsnetzwerk,
- c) die Wilhelmshavener Bevölkerung sowie interessierte Gruppen, Vereine, Verbände und Institutionen,
- d) Presse und Medien.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Informations- und Kommunikationsbedarfe ist ein professionell organisiertes Informationssystem und eine abgestimmte Kommunikationsstrategie zu entwickeln (evtl. internetbasiert).

## **Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger, Förderung von Ehrenamts und Zivilgesellschaft**

Ein wichtiges Anliegen des Präventionskonzepts ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen bzw. zu aktivieren, das bürgerschaftliche Engagement auszuweiten und die zivilgesellschaftlichen Akteure zu stärken. Generell scheint die Einschätzung vorzuliegen, dass die Bürgerinnen und Bürger vor allem der Stadt Wilhelmshaven, egal ob der „Politik“ oder der Verwaltung, die Verantwortung und Zuständigkeit für präventive Maßnahmen zuweisen. Diese Zuordnung in Verbindung mit einer vielfach vorliegenden konsumorientierten Haltung soll problematisiert und aufgebrochen werden. Der Beitrag von jeder einzelnen Bürgerin, jedem einzelnen Bürger muss als notwendig definiert und eingefordert werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen dazu angehalten werden, die öffentlichen und halb-öffentlichen Räume „ihrer“ Stadt für sich stärker zu erschließen und aktiv zu nutzen. Auch sollen Maßnahmen unterstützt werden, um ein verantwortliches, solidarisches und couragiertes Eintreten füreinander zu stärken. Dies kann zum Beispiel konkretisiert werden durch öffentliche Vorbilder und die Honorierung von Zivilcourage. Hier kann an die bereits praktizierte Auszeichnung durch einen „Preis für Zivilcourage“ angeknüpft werden, dessen Verleihung weitergeführt und verstetigt werden sollte. Darüber hinaus sollen Bürgerinnen und Bürger sowie weitere gesamtgesellschaftliche Gruppen animiert und aktiviert werden, die Präventionsarbeit tatkräftig zu unterstützen. Der Einsatz aktivierender Modelle der Beteiligung und der Rekrutierung und Unterstützung von Ehrenamtlichen ist dazu vorzusehen. Dies erfordert allerdings auch den Einsatz entsprechender personeller, finanzieller und organisatorischer Ressourcen.

Um eine Aktivierung und Sensibilisierung der Bevölkerung sowie eine Förderung und besondere Wertschätzung des Ehrenamtes zu erreichen, müssen die Netzwerkpartner (Vereine, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Schulen, Familienzentren, Kindertagesstätten, Jugendzentren usw.) als niedrigschwellige Anlaufstellen aktiviert und einbezogen werden. Die zukünftige strategische Ausrichtung der Arbeit von und mit ehrenamtlich und freiwillig tätigen Personen in Wilhelmshaven wird derzeit innerhalb der Verwaltung in der „Arbeitsgruppe Demographie“ neu beschrieben. Ziel muss es sein, die Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen zu intensivieren und nachhaltig zu unterstützen.

Die Ansprache der Bürgerinnen und Bürger und weiterer Gruppen kann gut über die Sozialräume, insbesondere über die Familienzentren und das Stadtteilbüro organisiert werden. Durch die räumliche Nähe und niedrigschwellige Angebote und Partizipationsmöglichkeiten lassen sich die Bürgerinnen und Bürger besser erreichen bzw. sind leichter zu aktivieren. Eine Orientierung am Sozialraum kann die lokale Zugehörigkeit fördern. Stadtteilbezogene Entwicklungsprozesse können in Gang gesetzt werden, den Bürgerinnen und Bürgern wird ein Teil an Eigenverantwortung für die Lebenssituation in ihrem Wohnumfeld, ihrem Stadtteil und letztlich ihrer Stadt übertragen. Zudem ermöglicht dieser Zugang auch eine lebensnahe Rückmeldung der Wahrnehmungen, Bedürfnisse und gegebenenfalls auch der Gefährdungslagen in den Sozialräumen Wilhelmshavens.

Eine weitere Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger ansprechen und für präventive Aktivitäten zu gewinnen, stellen Stadtteilstefte unter Beteiligung von Stadt, Polizei und Wirtschaft dar, im günstigsten Fall mit einem Präventions-Rahmenprogramm. Solche Feste tragen gleichzeitig zur höheren Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Stadtteil bei. Diese Ansätze sind insbesondere dort erfolgversprechend, wo die Bürgerinnen und Bürger die gute Nachbarschaft betonen.

### **Prioritäten und Handlungsempfehlungen**

1. Um die internen und externen Informations- und Kommunikationsbedarfe zu sichern, ist ein professionelles Informations- und Kommunikationssystem aufzubauen und ein Konzept für eine strategische Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Dies ist so konzipiert, dass es den Anforderungen der unterschiedlichen Zielgruppen gerecht wird. Es ist langfristig finanziell abgesichert.

2. Es wird ein Meldesystem für präventionsbezogene Handlungsbedarfe, Projekte und Ideen eingerichtet. Dieses könnte beispielsweise über die Homepage der Geschäftsstelle organisiert werden. Auch über ressortübergreifende Arbeitsgruppen können präventionsbezogene Handlungsbedarfe und Projektideen kommuniziert werden. Um Rückmeldungen geben zu können, ist ein Feedbacksystem einzurichten.

3. Die Verleihung des Preises für Zivilcourage wird öffentlichkeitswirksam fortgesetzt. Es sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, die gesellschaftliche Bedeutung des Preises zu erhöhen.

4. Bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen und der Durchführung von Beteiligungsverfahren werden möglichst alle Sozial- und Lebenslagen eingebunden. Es darf keine Überforderungen geben. Die Verfahren sind ressourcen- und adressatengerecht.

5. Die zukünftige Ausrichtung der Arbeit mit ehrenamtlich oder freiwillig tätigen Personen wird konzeptionell und strategisch neu beschrieben. Die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit ist dabei durch angemessene Maßnahmen auszusprechen.

6. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch die existierenden stadtteilbezogenen Gremien (z.B. die Stadtteilforen) systematisch in die Präventionsaktivitäten einbezogen. Der Zugang sollte niedrigschwellig sein, ein Ansprechpartner auf städtischer Seite muss vorhanden sein.

7. Für eine frühzeitige Ansprache und Beteiligung von Schülerinnen und Schülern können die Schulen stärker einbezogen werden. Insbesondere an den Ganztagschulen können Angebote geschaffen werden, um durch ausgewählte Projekte nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch deren Eltern und Geschwister einzubinden.

8. Um Migrantinnen und Migranten besser zu beteiligen, müssen aus bereits bestehenden Gruppen bzw. Netzwerken Schlüsselpersonen gewonnen werden. Diese können als Multip-

likatorinnen und Multiplikatoren aktivierenden und steuernden Einfluss auf die eigenen ethnischen Gruppen nehmen.

## 2.4 Inhaltliche Handlungsfelder

Der Aufbau eines integrierten, kommunalen Präventionsmanagements ist eine zentrale Aufgabe, die in diesem Präventionskonzept beschrieben wird. Sie gehört allerdings, wie auch die ebenfalls sehr wichtige Netzwerkarbeit/ das Netzwerkmanagement sowie die Informations- und Partizipationsaktivitäten, eher zu den *organisatorischen Handlungsfeldern* der Präventionsarbeit. Erst auf der Basis eines funktionsfähigen Organisationsrahmens können die *inhaltlichen Handlungsfelder* strukturiert und vernetzt bearbeitet werden.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Sozialraumanalyse (in der insbesondere die subjektive Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger aus Wilhelmshaven erhoben wurde), der Expertenaussagen im Rahmen der Akteurs- und Organisationsanalyse und schließlich der Fachkompetenzen der auf den Workshops anwesenden Akteure lassen sich für Wilhelmshaven die folgenden *inhaltlichen Handlungsfelder* identifizieren:

### 2.4.1 Prävention von Kriminalität und subjektiver Unsicherheit

Eine Kernaufgabe der präventiven Arbeit ist die sekundäre und tertiäre Prävention. Diese ist im Präventionskonzept der Stadt Wilhelmshaven stets mitgedacht. Neben der Prävention gegenüber „klassischen“ Straftaten müssen die präventiven Aktivitäten auch neue Formen der Kriminalität in den Fokus nehmen, wie beispielsweise virtuelle und digitale Kriminalität.

Auf der Grundlage der empirischen Daten und der Einschätzungen der Expertinnen und Experten gilt es allerdings in Wilhelmshaven insbesondere der subjektiven Unsicherheit der Bevölkerung entgegenzuwirken. Diese wird ausgelöst durch unterschiedliche irritierende Gruppen (Jugendliche, Betrunkene, Herumlungernde etc.), gewalttätiges Verhalten oder fehlende Beleuchtung. Dieser subjektiven Unsicherheit von Teilen der Bevölkerung gilt es mit entsprechenden Mitteln zu begegnen (z.B. Einrichtung eines Ordnungsdienstes, verstärkte Polizeipräsenz, ggf. unter Beteiligung von Landes- oder Bundespolizei, Ansätzen einer Null-Toleranz-Strategie mit sichtbaren Signalen gegen Gewaltausübung und aggressives Verhalten). Sie werden insbesondere an solchen Orten nötig, an denen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr sicher oder wohl fühlen bzw. wo sie bereits Opfer von Gewaltdelikten geworden sind. So wünscht sich etwa ein großer Teil der Bevölkerung in Fedderwardergroden und in den zentralen Stadtteilen eine intensivere Polizeipräsenz. Denkbar wäre hier der verstärkte Einsatz von Kontaktbeamten der Polizei, die den Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadtteile suchen und führen und so für die Menschen jederzeit ansprechbar sind.

Regelmäßig wird auch der Einsatz der Videographie unter Berücksichtigung der Datenschutzbestimmungen thematisiert. Einen konkreten Umsetzungsvorschlag dazu hat eine Un-

terarbeitsgruppe im Projekt „Wilhelmshaven Sicher!“ erarbeitet. Er soll im Sommer 2012 nach Schaffung der technischen Voraussetzungen realisiert werden. Auch die Ergebnisse der Sozialraumanalyse liefern Ansatzpunkte dafür, welche Orte für eine Videographie in Frage kommen könnten.

Weitere Möglichkeiten, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen, liegen etwa in der Ausweitung der erfolgreichen Maßnahme „Sicherheitsberater für Senioren“, in der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren von der Polizei ausgebildet werden und anschließend in ihrem unmittelbaren Umfeld das erworbene Wissen an andere Seniorinnen und Senioren weitergeben. Dabei kann es um unterschiedliche Themenfelder gehen, von der Prävention von Betrugs- oder Einbruchsdelikten bis zur Teilnahme am Straßenverkehr.

Analoge Konzepte könnte es auch durch Sicherheitsberater z.B. für Jugendliche, Migrantinnen und Migranten und Frauen geben. Die zielgruppenspezifische Ansprache und die Authentizität der verantwortlichen Personen und Projektpartner sichern dabei eine nachhaltige Präventionswirkung.

#### **2.4.2 Verbesserung von Situation und Aufenthaltsqualität (halb-)öffentlicher Räume**

Unzufriedenheit und Unbehagen mit dem Erscheinungsbild des öffentlichen Raumes oder des eigenen Stadtteils werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern immer dann geäußert, wenn Verschlechterungen oder gar erste Tendenzen von Verwahrlosung und Vandalismus sichtbar werden (z.B. mangelnde Sauberkeit öffentlicher Räume, unzureichende Pflege von Park- und Grünanlagen, irritierende Personen in öffentlichen Räumen und auf öffentlichen Plätzen, mutwillige Beschädigungen und Zerstörungen). Insofern sind Bestrebungen und Maßnahmen sinnvoll, öffentliche Parks und Gärten sowie Kinderspiel- und Freizeitplätze für eine breitere Öffentlichkeit als Naherholungs- und Freizeitraum attraktiver und nutzbar zu machen.

Auch wenn die Pflege und Gestaltung des öffentlichen Raumes zumeist im Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Kommune liegt, sind unterschiedliche Modelle der Bürgerbeteiligung und aktiven (Mit-)Gestaltung der Stadtteil-Bewohnerinnen und Bewohner denkbar. Über den persönlichen Bezug und die nachgefragte Nutzung öffentlichen Raumes sind unterschiedliche Zielgruppen zur Beteiligung zu gewinnen, beispielsweise Anwohnerinnen und Anwohner zur Pflege von benachbarten Grünanlagen, Eltern zur Gestaltung und Pflege von Kinderspielplätzen, Kinder und Jugendliche zur Einrichtung und zur Unterstützung bei der Unterhaltung von Jugendtreffs oder Spiel- und Sportplätzen.

Ebenfalls zur positiveren Gestaltung des öffentlichen Raumes würden Maßnahmen wie etwa Wettbewerbe zu den schönsten Vorgärten, Häusern, Straßenzügen etc. führen. Auf diesem Weg wären auch die Potenziale der einzelnen Stadtteile hervorzuheben und die Bewohnerinnen und Bewohner zu motivieren, sich dieser Potenziale bewusst zu sein, sie wertzuschätzen, zu pflegen und zu bewahren, wie z.B. das Vorhandensein von viel Grün, von Parkanlagen, Ruhe, einer guten Nachbarschaft u.a.

### 2.4.3 Präventionsarbeit mit bzw. für ausgewählte Zielgruppen

Die Sozialraumanalyse gab keine Hinweise darauf, mit welchen oder für welche spezifischen Zielgruppen die Präventionsarbeit besonders nötig sei. Dies ist in erster Linie auf den raumbezogenen Blick der Analyse zurückzuführen. Allerdings konnte im Dialog mit den unterschiedlichen kommunalen Akteuren bereits eine Vielzahl von Gruppen benannt werden, die bei der Präventionsarbeit besonders in den Blick genommen werden müssen und zu einem großen Teil auch schon werden. Dabei ist zu unterscheiden:

Mögliche sekundärpräventive Projekte haben etwa die folgenden Zielgruppen im Fokus:

- Präventionsangebote für Alkoholranke und Suchtgefährdete
- Suchtprävention
- Gewalt gegen Kinder
- Häusliche Gewalt gegen Frauen

Weitere Zielgruppen sind denkbar, an die sich sekundärpräventive Maßnahmen wenden können. Solche Aktivitäten gehören mittlerweile – leider – zum Alltagsgeschäft von Sozialeinrichtungen und der Sozialverwaltung einer jeden Kommune. Sie wären mit den Ansätzen und den Aktivitäten des integrierten, kommunalen Präventionsmanagements abzustimmen und gegebenenfalls zu integrieren.

Im Bereich primärer Prävention sollten die Projekte folgende Gruppen in den Fokus nehmen:

- Plätze für Jugendliche, Ausbau der Betreuungs- und Freizeitmöglichkeiten
- besondere Schulung für Jugendliche in der Fahrschule, Schwerpunkte Alkohol, angepasstes Verkehrsverhalten, Gefahrenstellen und Gefahrensituationen
- Sozialtraining/ politische Bildung/ Medientraining und andere Angebote für Jugendliche (und deren Eltern)
- Räume für Kinder, ein kindergerechtes Umfeld schaffen und/ oder erhalten (z.B. Spielplatzpaten)
- Orte/ Plätze/ Angebote für Frauen (z.B. Selbstbehauptungskurse)
- Unterstützungsprogramme für Seniorinnen und Senioren (z.B. Sicherheitsberatung)
- Unterstützung für werdende Mütter/ Eltern, Vernetzung und Systematisierung von Elternkursen und anderen Angeboten unterschiedlicher Anbieter

Für die unterschiedlichen Zielgruppen existiert in Wilhelmshaven bereits eine Vielzahl von Programmen und Projekten. Diese konnten im Rahmen des Vorhabens bzw. im Verlauf der Analysen und Workshops nur ansatzweise erfasst werden. Nicht immer waren alle in der Prävention Aktiven in Wilhelmshaven über die Vielzahl der Aktivitäten informiert. Das unterstreicht die Notwendigkeit einer ausgeprägten Netzwerkarbeit und der Förderung von Kommunikationsplattformen.

Der bereits begonnene demographische Wandel wird die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren und ihre subjektiven Sicherheitsbedürfnisse verstärkt in den Fokus rücken. Das Konzept der Sicherheitsberater (vgl. 2.4.1) ist insofern quantitativ und sozialräumlich auszuwei-

ten und qualitativ weiterzuentwickeln. Weitere Handlungsansätze sollen in der ab 2012 projektierten Seniorenplanung der Stadt Wilhelmshaven beschrieben werden.

#### **2.4.4 Stadt(teil)entwicklung und Verbesserung des Stadt(teil)image**

Die strategischen und politischen Interventionen und Entscheidungen der Stadt(teil)entwicklung/ -planung schaffen in Wilhelmshaven entscheidende siedlungs- und infrastrukturelle Voraussetzungen, die für die kriminal- und sozialpräventive Arbeit eine hohe und unmittelbare Relevanz besitzen. Allerdings liegen die stadt(teil)entwicklungsbezogenen Interventionen und Entscheidungen nicht im Verantwortungsbereich des kommunalen Präventionsmanagements. Gleichwohl gibt es im Handlungsfeld der Stadt(teil)entwicklung einen breiten Aktionsrahmen für kriminal- und sozialpräventive Maßnahmen. Erstens sind solche Handlungsfelder zu nennen, die auf die städtebauliche Ebene zielen (z.B. Verbesserung des Stadtbildes, Sanierung von Häuserfassaden und Gestaltung der öffentlichen Räume, Defensible Space-Ansätze, Beseitigung von Leerständen). Diese Maßnahmen sind oft mit erheblichen Mittelbindungen verbunden (vgl. hier die städtebaulichen Maßnahmen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“). Zweitens können hier solche Handlungsfelder angeführt werden, die eher dem sozialen Bereich zugerechnet werden. Sie betreffen beispielsweise die Unterstützung und den Ausbau von Nachbarschaften und sozialen Netzen, die Verbesserung der Stadt- oder Stadtteil-Images sowie die Etablierung stadtteilbezogener oder städtischer Identitäten (vgl. hier die sozialplanerischen Maßnahmen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“).

In Wilhelmshaven lässt sich zum größten Teil eine hohe Zufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner mit der Lebenssituation in ihren Stadtteilen feststellen. Daran lassen sich hervorragend Maßnahmen anknüpfen, die weiter die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Stadtteil, aber auch eine positive Außenwirkung auf die Wilhelmshavener Bevölkerung insgesamt fördern. Ebenso fördern Präsentationen der Stadtteile mit ihren Stärken und schönen Seiten durch ihre Bewohnerinnen und Bewohner auf zentralen Veranstaltungen oder in regionalen Medien ein positives Stadtteilbild. Als positive Eigenschaften der Stadtteile werden vor allem viel Grün, Ruhe, kurze Wege und gute Versorgung, ein ansprechendes Umfeld sowie die Nähe zu Hafen und Strand genannt.

Aus der Auswertung der Sozialraumanalyse und der Interpretation des Wanderungsverhaltens der Wilhelmshavener Bevölkerung lassen sich stadtteilbezogene Schlüsse ziehen und angepasste Verbesserungsmaßnahmen (z. B. Busanbindung, Verkehrsführung, Sauberkeit) anbahnen. So scheint etwa in Altengroden der Leerstand zahlreicher Häuser ein Problem darzustellen, das die Wahrnehmung dieses Stadtteils prägt und einer Lösung bedarf.<sup>4</sup>

Der seit nunmehr 40 Jahren zu beobachtende Bevölkerungsrückgang in der Stadt Wilhelmshaven hat zu erheblichen Wohnungsleerständen geführt.<sup>5</sup> Der durch zahlreiche Leerstände gekennzeichnete Wohnungsmarkt führt zu sozial selektiven Wanderungsprozessen: Durch die

---

<sup>4</sup> Vgl. das Modell der Wächterhäuser: [http://www.haushalten.org/de/waechterhaeuser\\_modell.asp](http://www.haushalten.org/de/waechterhaeuser_modell.asp)

<sup>5</sup> Vgl. Föbker, Stefanie (2008): Wanderungsdynamik in einer schrumpfenden Stadt – eine Analyse innerstädtischer Umzüge in Wilhelmshaven, Bonn.

Leerstände hat sich insbesondere das Wohnraumangebot für einkommensschwache Haushalte verbessert. Diese diffundieren aufgrund der geringen Mieten zunehmend in andere Wilhelmshavener Stadtteile. Ökonomisch und sozial stabile Haushalte, die über ein ausreichendes Kapital verfügen, verlassen die eher unattraktiven und von Leerstand gekennzeichnete Stadtteile (z.B. Bant, Innenstadt). Unter anderem durch die Leerstände werden also Tendenzen einer sozialräumlichen Entmischung sichtbar, die Quartiere, Straßenzüge oder Baublöcke mit hohen Konzentrationen benachteiligter Bevölkerungsgruppen entstehen lässt. Durch diese sozial selektiven Umzüge verschärfen sich die sozialräumlichen Disparitäten.

Die langandauernde Existenz der strukturellen Wohnungsleerstände in Wilhelmshaven und die die daraus resultierenden sozialen Folgeprobleme stellen somit eine erhebliche Herausforderung für die Stadtentwicklung, aber auch für die kriminal- und sozialpräventive Arbeit dar. Die Leerstandsproblematik erfordert eine systematische Verknüpfung von Aufwertungs- und Rückbaumaßnahmen, wie sie im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Stadtumbau West vorgesehen ist. Nur auf diese Weise kann den negativen Entwicklungsprozessen begegnet und damit auch die Präventionsarbeit substantiell unterstützt werden. Die Aufwertung von Leerstandsquartieren und der Rückbau von Leerständen sollte in Wilhelmshaven in konzentrierter und effektiver Form weitergeführt und gegebenenfalls ausgeweitet werden. Die Entscheidungsgewalt über entsprechende Maßnahmen obliegt allerdings nicht dem kommunalen Präventionsmanagement.

Mittels stadtteilbezogener Maßnahmen könnte somit der eher negativen Außenwahrnehmung einiger Stadtteile entgegengewirkt werden, die mit den Eindrücken der dortigen Einwohnerinnen und Einwohner vielfach gar nicht übereinstimmen. Diese haben vielmehr die positiven Eigenschaften ihrer Stadtteile im Blick.

Ein Gebiet, das in den Stadtteilen Bant und Innenstadt liegt und hier besonders deutlich ins Auge fällt, ist das im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ ausgewiesene Sanierungsgebiet Westliche Südstadt. Nachdem vom Bund für 2012 evtl. noch Mittel eingestellt werden, könnten in der Westlichen Südstadt noch einige städtebauliche und sozialplanerische Maßnahmen angeschoben werden. Aufgrund der Ergebnisse der Sozialraumanalyse, die für das Sanierungsgebiet bezüglich vieler Aspekte einen großen Verbesserungsbedarf ausweisen, besteht 2011/12 für die verantwortlichen Ressorts der Stadt Wilhelmshaven die Möglichkeit, zielgerichtet an den genannten Problemlagen in der westlichen Südstadt zu arbeiten und hier weiterhin Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen.

Für die Stadt Wilhelmshaven insgesamt gilt es zu prüfen, inwieweit Mittel und Wege gefunden werden können, der eher negativen Außenwahrnehmung, aber auch der skeptischen Wahrnehmung der Einwohnerinnen und Einwohner von Wilhelmshaven selber entgegenzuwirken. Unter Umständen sind die einzelnen, eher stadtteilbezogenen Aktivitäten durch zentrale Maßnahmen wie einer offensiven Image- oder Werbekampagne zu flankieren, um die positiven Seiten der Stadt sowohl überregional als auch der eigenen Bevölkerung gegenüber zu verdeutlichen.

#### 2.4.5 Präventive Verkehrsplanung und Verkehrserziehung/-verhalten

Zahlreiche Ansatzpunkte für präventives Handeln wurden in Wilhelmshaven auch im Bereich der Verkehrsplanung und Verkehrserziehung deutlich. Diese betreffen zum einen den Ausbau und die Verbesserung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur (z.B. die Berücksichtigung präventiver Ansätze bei Verkehrskonzepten [Shared Space], Verbesserung der Busanbindung von peripheren Stadtteilen oder Ausbau von Shuttle-Angeboten, Ausbau und Sanierung von Radwegen, Entschärfung von Unfallschwerpunkten). Zum anderen sollen vorhandene präventive Maßnahmen der Verkehrserziehung in Schulen oder Schulungen von Seniorinnen und Senioren bestehen bleiben und ausgebaut werden. Maßnahmen zum rücksichtsvollen Umgang der Verkehrsteilnehmer miteinander sind ebenfalls denkbar.

Kurzfristig können möglicherweise die verstärkte Überwachung des Verkehrs und der Ausbau der Kontrolltätigkeit helfen, gegen Raserei und Rücksichtslosigkeit einzelner Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer vorzugehen. Vor allem in Ebkeriege und Aldenburg werden diese Maßnahmen gewünscht, so dass verstärkte Kontrollen dort zumindest die subjektiven Wahrnehmungen zur eigenen Sicherheit im Stadtteil verbessern würden.

#### 2.4.6 Querschnitts- und integrative Projekte

Neben diesen sektoral initiierten Programmen sollte auch bewusst Raum bleiben für querschnittsorientierte und integrative Projekte oder für langfristige und jahrgangsübergreifende Ansätze. Diese werden sich womöglich erst dann stärker etablieren, wenn die verschiedenen Akteure des Präventionsnetzwerks bereits längere Zeit zusammenarbeiten und sich eine gewisse Präventionsdynamik und Kooperationskultur herausgebildet haben.

Denkbar sind zum einen stadtteilbezogene Projekte, die das Leben in bestimmten Stadtteilen im Fokus haben und ein breit gestreutes Maßnahmenbündel mit unterschiedlicher Zielrichtung beinhalten. Kennzeichnend für solche Vorhaben sind bedürfnisorientierte Aktivitäten, die unter Federführung und in Koordinierung von Projektgruppen oder Stadtteilmanagern vor Ort durchgeführt werden und laufend abgestimmt sind.

Zum anderen ist die Installation eines lebensbegleitenden pädagogischen Präventionskonzepts hauptsächlich in den Bildungseinrichtungen aller Jahrgänge denkbar, beginnend schon im Vorschulbereich. Bestandteil eines solchen Konzepts wäre die periodische, aufeinander aufbauende und jahrgangsübergreifende Behandlung von präventionsrelevanten Themen in den verschiedenen Bildungseinrichtungen.

#### **Prioritäten und Handlungsempfehlungen**

1. Zur Kriminalprävention und zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit ist die Präsenz von Polizei- und/ oder Ordnungsdienst zu erhöhen. Streifenbeamte/ Kontaktbeamte werden in unterschiedlichen Stadtteilen und zu unterschiedlichen Zeiten verstärkt eingesetzt (vor allem in den „unsicheren Orten“, vor allem bei Dunkelheit). Sie suchen und führen den Dialog mit der Bevölkerung.

2. Die Betreuungsangebote für Jugendliche sind auszubauen, wie etwa Räume, Freizeitangebote, Fortbildungen oder andere sinnvolle Aktivitäten. Weitere zielgruppenspezifische Angebote werden erfasst oder entwickelt und über die Geschäftsstelle mit den sonstigen präventiven Aktivitäten koordiniert.
3. Um die in den Stadtteilen festgestellten und wahrgenommenen Missstände zu beseitigen und Verbesserungsmaßnahmen anzuschieben, ist zwischen den Stadtteilen genau zu differenzieren und sind die Bedürfnisse vor Ort zu berücksichtigen. Unterschiedlichen Bedürfnislagen und Beeinträchtigungen sind mit angemessenen, ressourcenorientierten Maßnahmen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu begegnen.
4. Es ist eine Projektgruppe „Gestaltung öffentlicher Raum“ ins Leben zu rufen. Diese widmet sich der Aufnahme des Ist-Zustands in Wilhelmshaven und entwickelt angemessene Verbesserungsmöglichkeiten in unterschiedlicher Priorität. Sie führt Diskussionen und Entscheidungen über kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen herbei und zeigt Möglichkeiten von kostenintensiven und kostengünstigen (ggf. unter Mitwirkung der Wohnbevölkerung durchzuführenden) Maßnahmen auf.
5. Aufwertungs- und Rückbaukonzepte für Quartiere und Straßenzüge mit hohen Leerständen und einer Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen sind weiterzuentwickeln und forciert umzusetzen. Hierzu sind Finanzmittel aus der nationalen Städtebauförderung erforderlich.
6. Solange noch Fördermittel zur Verfügung stehen, sind Maßnahmen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ im Sanierungsgebiet Westliche Südstadt weiter anzuschieben und durchzuführen. Es ist zu prüfen, ob weitere Stadtentwicklungsansätze erfolgversprechend durchzuführen sind, etwa Defensible Space in Gebieten mit vermehrten Einbrüchen und städtebaulich bedingten unsicheren Orten.
7. Es sind wohnortnahe und stadtteilbezogene Angebote zu fördern, die den Menschen den Verbleib im Stadtteil für Einkauf und Freizeit ermöglichen sowie Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im eigenen Stadtteil (ohne Überforderungen oder Stigmatisierungen) bieten. So können Identifizierungsmöglichkeiten geschaffen werden. Es sind Wege zu entwickeln, um einzelne Personen, aber auch Nachbarschaften oder Mietergemeinschaften anzusprechen. Gemeinsam mit dem Einzelhandel sind Möglichkeiten der wohnortnahen Versorgung auch peripherer Gebiete zu prüfen.
8. Unter dem Gesichtspunkt der Prävention ist der kommunale Verkehrsentwicklungsplan zu kommunizieren, anzupassen und weiterzuentwickeln. Prioritäten möglicher Maßnahmen werden festgelegt, beispielsweise die Verbesserung der Beleuchtung in Grünanlagen, Parks, auf Fußwegen etc., bessere Übersichtlichkeit von Fuß- und Radwegen, evtl. Shared Space-Konzepte zur Verringerung von Verkehrsproblemen.

## 2.5 Verstetigung und Evaluation

### Verstetigung und Konzeptfortschreibung

Das vorliegende Präventionskonzept basiert auf einer situativen Momentaufnahme und sollte deshalb in regelmäßigen Abständen (ca. alle 2 Jahre) fortgeschrieben werden. Die Fortschreibung des Gesamtkonzepts trägt der stetigen Veränderung, Erweiterung und Aktualisierung der Ausgangssituation und der abgeleiteten Handlungsziele in Wilhelmshaven Rechnung. Die Konzeptfortschreibung und Verstetigung der präventiven Arbeit ist nur möglich, wenn stabile Organisationsstrukturen mit festen Verantwortlichkeiten, mit regelmäßigen Berichtspflichten und festen Gremieninformationen dauerhaft zur Verfügung stehen. Eine Fortschreibung von Einzelprojekten soll davon abhängig gemacht werden, inwieweit es den noch zu implementierenden Evaluierungsstandards genügt.

Die Verstetigung des Präventionskonzepts ist durch die Organisationsstrukturen auf Dauer angelegt (hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle, gesicherte Finanzierung). Die Durchführung von Einzelprojekten ist gekennzeichnet durch ihre Regelmäßigkeit und Aktualität und wird begleitet durch dauerhafte Öffentlichkeitsarbeit (und ist damit ebenfalls verstetigt). Vor allem aber werden Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine und andere Institutionen aktiviert und in das Präventionskonzept integriert, um die Prävention aus der Mitte der Bevölkerung heraus wirken zu lassen.

### Evaluation und Formulierung von Qualitätskriterien

Das integrierte, kommunale Präventionsmanagement soll durch eine externe Evaluation begleitet werden. Die Vergabe dieser externen Evaluation liegt in der Verantwortung der Lenkungsgruppe und der Geschäftsstelle. Eine erste Evaluierung der Umsetzung des Präventionskonzeptes ist für das 2. Quartal 2012 geplant. Die geplanten Zielsetzungen für 2012 wurden auf dem 2. Workshop im Juni 2011 festgelegt und werden in einem gemeinsamen 3. Workshop diskutiert und reflektiert. Auf diesem Workshop soll auch der Nachsteuerungsbedarf ermittelt werden.

Um die kommunale Präventionsarbeit kontinuierlich zu verbessern, ist die Entwicklung eines (möglichst schlanken und einfach zu handhabenden) Monitoring- und Evaluierungskonzepts nötig. Dieses müsste zum einen mit qualitativen Methoden die subjektiven Aspekte der Lebensqualität der Wilhelmshavener Bevölkerung in den Blick nehmen. Zum anderen soll es mit eher statistisch-quantitativen Methoden versuchen, reale Sachverhalte möglichst genau abzubilden. Das Monitoring- und Evaluierungskonzept sollte in erster Linie einer internen Bewertung der Präventionsarbeit dienen und kein externes Instrument mit Kontroll- und Legitimationsfunktion sein.

Die Einzelprojekte werden – abhängig von ihrem Umfang – in möglichst unbürokratischen Verfahren ebenfalls evaluiert. Als ein erstes Instrument kann beispielsweise ein Projekt-Anmeldeformular mit der Angabe von Zielen, Zielgruppen und Zielindikatoren dienen, das bei Projektstart in der Geschäftsstelle hinterlegt wird. Die Evaluation soll nicht abschrecken,

ist aber ab einer bestimmten Finanzsumme verbindlich. Die Geschäftsstelle unterstützt die Projekte bei den Evaluationsverfahren. Verfahren der Selbstevaluierung und Selbstreflexion sind ausdrücklich vorgesehen, da sie die Sicherung von Lerneffekten und flexible projektspezifische Verbesserungen ermöglichen.

Die Evaluation erfolgt auf der Basis von Qualitätskriterien, die die Mindeststandards der Präventionsarbeit in Wilhelmshaven definieren und von der Lenkungsgruppe und der Geschäftsstelle zur Qualitätssicherung aufgestellt werden. Dazu soll auf bestehende Evaluierungs- und Qualitätsstandards zurückgegriffen werden.<sup>6</sup>

### **Prioritäten und Handlungsempfehlungen**

1. Im 2. Quartal 2012 wird eine Evaluierung der Implementierung des integrierten, kommunalen Präventionsmanagements und des Präventionskonzepts durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Evaluierung wird die Erreichung der gesetzten Ziele geprüft und reflektiert. Diese erste Evaluierung sollte keine Legitimations- und Kontrollfunktion haben, sondern der zielgerichteten Nachsteuerung im Sinne eines Lernprozesses dienen.
2. Das Präventionskonzept wird unter anderem auf der Grundlage der Evaluierungsergebnisse in regelmäßigen Abständen (ca. alle 2 Jahre) fortgeschrieben.
3. Auf der Grundlage der bestehenden Überlegungen wird von der Lenkungsgruppe und der Geschäftsstelle ein Evaluierungskonzept (einschl. einfach überprüfbarer Qualitätskriterien) entwickelt. Dabei werden Elemente von Selbstevaluierung aufgenommen. Die Kriterien und das Konzept werden innerhalb des Präventionsnetzwerkes zur Diskussion gestellt.
4. Evaluierungen werden sowohl im Hinblick auf Präventionsmanagement und Präventionskonzept als auch hinsichtlich einzelner Projekte und Maßnahmen durchgeführt.
5. Die Folgefinanzierung von Projekten wird von den Ergebnissen der Evaluationen und gegebenenfalls erforderlichen Nachsteuerungen und Modifikationen abhängig gemacht.
6. Die Finanzierung von regelmäßigen Evaluierungen und die benötigten Ressourcen sind langfristig gesichert und im Etat der Präventions-Geschäftsstelle enthalten.
7. Die Geschäftsstelle dokumentiert die Projektberichte und Evaluationsergebnisse und stellt sie nach Absprache mit der Lenkungsgruppe zur Verfügung.

---

<sup>6</sup> Deutsches Forum für Kriminalprävention DFK: <http://www.kriminalpraevention.de/arbeitschwerpunkte/evaluation/36-standards-und-arbeitshilfen-zur-evaluation.html>

Beccaria-Standards zur Durchführung kriminalpräventiver Projekte: <http://www.beccaria.de>

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen: [http://www.justiz.nrw.de/JM/praevention/publikationen/kommunale\\_kriminalpraevention.pdf](http://www.justiz.nrw.de/JM/praevention/publikationen/kommunale_kriminalpraevention.pdf)

Deutsche Gesellschaft für Evaluation: <http://www.degeval.de/degeval-standards>.